

Telefon: 233 - 92545
Telefon: 233 - 21273
Telefax: 233 - 28128

Direktorium
D-I-ZV

**Umsetzung des Öffentlichkeitsbeteiligungskonzeptes in der
Landeshauptstadt München
Einführung eines Einwohner*innenbudgets**

**Partizipation heißt Zukunft II – München bekommt
Profis für die Partizipation**

Antrag Nr. 14-20 / A 05455 der Fraktion
Die Grünen – Rosa Liste
vom 03.06.2019

**Partizipation heißt Zukunft III – Runden Tisch
Kinder- und Jugendbeteiligung sichern**

Antrag Nr. 14-20 / A 05456 der Fraktion
Die Grünen – Rosa Liste
vom 03.06.2019

**Partizipation heißt Zukunft IV – Höherer
Stellenwert von Kinder- und Jugendbeteiligung in
der Verwaltung**

Antrag Nr. 14-20 / A 05457 der Fraktion
Die Grünen – Rosa Liste
vom 03.06.2019

**Partizipation heißt Zukunft VI – Modellprojekt
#stadtsache in den Sommerferien 2020 umsetzen!**

Antrag Nr. 14-20 / A 05459 der Fraktion
Die Grünen – Rosa Liste
vom 03.06.2019

**Partizipation heißt Zukunft VII – Modellprojekt
„Diskurswerkstatt“ in allen 25 Münchner Bezirken
umsetzen**

Antrag Nr. 14-20 / A 05460 der Fraktion
Die Grünen – Rosa Liste
vom 03.06.2019

Sitzungen des KJHA künftig nachmittags abhalten

Antrag Nr. 20-26 / A 01895 der Fraktion
DIE LINKE./ Die PARTEI
vom 14.09.2021

Stadtjugendrat etablieren

Antrag Nr. 20-26 / A 01944 der Fraktion
DIE LINKE./ Die PARTEI
vom 23.09.2021

**Partizipation junger Menschen weiter stärken! –
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als
Querschnittsaufgabe in der Stadt verankern**

Antrag Nr. 20-26 / A 02023 der SPD / Volt - Fraktion
und der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste
vom 14.10.2021

**Aktive Bürger*innenbeteiligung stärken –
Bürger*innenbudget einführen**

Antrag Nr. 20-26 / A 02121 der SPD / Volt - Fraktion
und der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste
vom 15.11.2021

**Externe Begleitung zur Erarbeitung eines
Rahmenkonzepts in der Kinder- und
Jugendpartizipation**

Antrag Nr. 20-26 / A 03381 der Fraktion
Die Grünen – Rosa Liste, SPD/ Volt-Fraktion
vom 29.11.2022

**Einführung eines Kinder- und Jugendrathauses –
Stärkung der Fachstelle bürgerschaftliches
Engagement und Öffentlichkeitsbeteiligung**

Antrag Nr. 20-26 / A 03388 der Fraktion
Die Grünen – Rosa Liste
vom 29.11.2022

**Beteiligung für Bürger*innen transparent und
verlässlich gestalten**

Antrag Nr. 20-26 / A 03783 der SPD/ Volt-Fraktion
vom 04.04.2023

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 10332

Anlage

Antrag des Münchner Trichters / Kreisjugendring (KJR) München-Stadt vom
09.10.2023

**Beschluss in der gemeinsamen Sitzung des Kinder- und
Jugendhilfeausschusses sowie des Verwaltungs- und Personalausschusses
vom 07.11.2023 (VB)**

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Der KJHA hat die Behandlung und Beschlussfassung in der Sitzung vom 10.10.2023 vertagt. Es wurde beschlossen, die Vorlage im Anschluss an den KJHA am 07.11.2023 in einem gemeinsamen Ausschuss mit dem Verwaltungs- und Personalausschuss zu behandeln. Der VPA hat am 18.10.2023 ebenfalls die Vertagung in diesen Ausschuss beschlossen.

Durch den Münchner Trichter und Kreisjugendring München-Stadt wurde im KJHA am 10.10.2023 ein Ergänzungs- und Änderungsantrag vom 09.10.23 eingebracht (siehe Anlage).

Aus Sicht des Direktoriums wird hierzu angemerkt:

a) Ergänzung zum Antrag Nr. 1:

- Die Beteiligung aller Einwohner*innen der LHM wird unabhängig von Alter und der Nationalität ermöglicht.
 - Ziel ist es, auch Jugendliche am Einwohner*innenbudget (EWB) zu beteiligen. Die Fachstelle für Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation (FÖ) wird im Feinkonzept prüfen, wie Jugendliche beteiligt werden. Dabei muss unter anderem die Frage geklärt werden, ob Jugendliche für eine Teilnahme am Online-Dialog die Zustimmung der Erziehungsberechtigten benötigen. Diese Prüfung wird in Abstimmung mit der Rechtsabteilung stattfinden. Sollte dies unproblematisch möglich sein, kann eine Beteiligung von Jugendlichen auch schon in der Pilotphase erfolgen, ansonsten würde die Einbeziehung erst mittelfristig erfolgen, um eine Verzögerung der Umsetzung zu vermeiden.
 - Eine Beteiligung unabhängig der Nationalität ist natürlich möglich; bei Teilnahme am Online-Dialog ist die Registrierung an das Einwohnermelderegister gekoppelt; Nationalität spielt keine Rolle. Die FÖ stimmt sich zur Mehrsprachigkeit der Plattform [unser.muenchen.de](http://www.unser.muenchen.de) mit dem RIT ab (ggfs. Nutzung von KI für die Übersetzung).
- Es sollen auch Vorschläge aufgenommen werden, die nicht nur von der Fachverwaltung, sondern auch von Institutionen der Zivilgesellschaft umgesetzt werden.
 - Die FÖ lehnt dieses Anliegen ab. Ermöglicht man Zuwendungen, ist eine klare Abgrenzung zum Stadtbezirksbudget oder zu anderen Förderkulissen der LHM nicht gewährleistet. Zudem bedarf es für Zuwendungen Förderrichtlinien. Auch vergaberechtliche Fragen wären zu klären.
- Feedbackschleife mit den Vorschlaggebenden
 - Die FÖ kann Feedbackschleifen einplanen.

Der externe Auftragnehmer Zebralog rät: Es ist leichter, ein Verfahren auszubauen und Schritt für Schritt mehr Möglichkeiten anzubieten als im Nachhinein, etwa aufgrund von Überlastung des administrativen Systems, ein Verfahren „abzuspecken“. Das Direktorium schließt sich dieser Meinung an.

b) Ergänzungen zum Antrag Nr. 3

- Bericht über Tätigkeiten, Entwicklungen und Fortschritte im Bereich Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation an den Stadtrat: AG Partizipation und KJHA werden dazu ebenfalls befasst
 - Die FÖ wird die AG Partizipation und den KJHA informieren.
- Bei der Entwicklung jugendgerechter Formate für das EWB ist die AG Partizipation und der KJHA zu beteiligen.
 - Die AG Partizipation wird befasst.

- Der KJHA wird mit der Entwicklung jugendgerechter Formate befasst.

Herr Stadtrat Progl bat in der Sitzung des VPA am 18.10.2023, das Besetzungsverfahren für den Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung (BÖ) für die Politik (Stadtrat und Bezirksausschüsse) dahingehend zu ändern, dass den kleineren Stadtratsfraktionen im BÖ jeweils ein fester Sitz in diesem Gremium gewährt wird.

Diese Änderung würde dazu führen, dass der Proporz neu festgelegt werden müsste und der BÖ dadurch wesentlich vergrößert werden würde. Eine Arbeitsfähigkeit des BÖ wäre damit kaum noch gegeben. Das Direktorium lehnt deshalb diesen Vorschlag ab.

Das Direktorium empfiehlt, das Konzept für die Pilotphase ohne Änderungen wie vorgeschlagen und allseits abgestimmt, zu beschließen, um eine zeitnahe Umsetzung zu gewährleisten.

Der Verwaltungsbeirätin des Direktoriums, Abteilung Zentrale Verwaltungsangelegenheiten, Frau Stadträtin Sibylle Stöhr, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

Im Übrigen wird auf den Vortrag des Referenten, Ziff. I in der Beschlussvorlage verwiesen und den im Folgenden unveränderten Antrag des Referenten.

II. Antrag des Referenten

1. Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zu Kapitel 1 bis 4 sowie den Ergebnisbericht der Agentur Zebralog (siehe Anlage 2) zur Kenntnis.
2. Der Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung setzt sich aus 30 Personen zusammen:
 - Acht Personen aus der nicht-organisierten Zivilgesellschaft (Ziffer 2.2.4)
 - Acht Personen aus der organisierten Zivilgesellschaft (Ziffer 2.2.3)
 - Drei Personen aus der Stadtverwaltung (Ziffer 2.2.2)
 - Elf Personen aus der Stadtpolitik (Stadtrat und Bezirksausschüsse) (Ziffer 2.2.1)
3. Im Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung werden die elf Sitze für die Vertretungen aus Stadtrat und Bezirksausschüssen unter der Anwendung des Verfahrens nach Hare-Niemeyer besetzt (Ziffer 2.2.1).
Ändern sich die Stärkeverhältnisse im Stadtrat während der dreijährigen Tätigkeitszeit des Beirates für Öffentlichkeitsbeteiligung, so findet keine Neuberechnung der Sitzverteilung statt (d.h. erst bei Neubesetzung des Gremiums nach Ablauf von drei Jahren wird das aktuelle Stärkeverhältnis im Stadtrat für die Sitzverteilung zu Grunde gelegt).
4. Die Fachstelle für Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation wird beauftragt, dem Stadtrat im Rhythmus von drei Jahren, erstmals im Jahr 2026, über Tätigkeiten, Entwicklungen und Fortschritte im Bereich Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation zu berichten.

5. Der Stadtrat stimmt der Einführung eines Einwohner*innenbudgets als Pilotprojekt zu. Bei der Einführung sollen folgende Kriterien zugrunde gelegt werden:
 - Der Einwohner*innenvorschlag kann durch die jeweils verantwortliche städtische Fachverwaltung umgesetzt werden und liegt im Zuständigkeitsbereich der LHM.
 - Der Einwohner*innenvorschlag bezieht sich möglichst auf die Gesamtstadt bzw. ist (eher) von gesamtstädtischer Bedeutung.
 - Der Einwohner*innenvorschlag ist mit einem einmaligen Mittelbedarf (einer einmaligen Leistung) umsetzbar. Es werden keine dauerhaften Mittel oder Personalkosten notwendig.
 - Die Budgetobergrenze = 100.000 Euro für einzelne Einwohner*innenvorschläge wird eingehalten.
 - Eine Teilnahme am Online-Dialog ist nur per Registrierung möglich. Die Registrierung wird an das Einwohnermelderegister gekoppelt.
 - Die Bestenliste besteht aus den 30 Vorschlägen, die die meiste Zustimmung durch die Teilnehmenden erhalten haben. Nur diese 30 Vorschläge werden von der Verwaltung geprüft.
 - Das Einwohner*innenbudget wird zunächst in einem Zweijahreszyklus durchgeführt. Die jährliche Bereitstellung des Eine-Millionen-Budgets bleibt zunächst beibehalten.

6. Das Direktorium wird beauftragt, eine Evaluierung des ersten Zyklus des Einwohner*innenbudgets vorzunehmen. Auf dieser Basis werden dem Stadtrat unter anderem konkrete Vorschläge für einen zukünftigen Zyklus und zur Einwohner*innenbudgethöhe vorgelegt, sowie die in Antragspunkt 5 genannten Kriterien ggf. weiterentwickelt.

7. Das Direktorium wird beauftragt, die Einrichtung einer Stelle für das EWB (1 VZÄ) sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Das Direktorium wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für Personalauszahlungen in Höhe von bis zu 100.030 € einmalig in 2024 durch Kompensation bzw. Umschichtung aus vorhandenen Sachmitteln aus dem Produktauszahlungsbudget beim Produkt 31111210 Zentrale Steuerung zu finanzieren. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung durch Beamt*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 31.232 Euro (40% des Jahresmittelbetrages).

8. Das Direktorium wird beauftragt, die in Ziff. 7 für das Haushaltsjahr 2024 vorläufig finanzierten Haushaltsmittel für Personalauszahlungen im Rahmen des Eckdatenbeschlusses für das Haushaltsjahr 2025 dauerhaft anzumelden.

9. Das Baureferat und das IT-Referat werden beauftragt, die Implementierung des EWB fachlich zu unterstützen und die erforderlichen Kapazitäten bereitzustellen. Sofern für diese Aufgabe zusätzliche Ressourcen erforderlich sind, wird empfohlen, diese im Rahmen der Anmeldungen zum Eckdatenbeschluss 2025 geltend zu machen.

10. Das Direktorium wird beauftragt, die dauerhaften jährlichen Kosten von aktuell ca. 200.000 Euro für die Implementierung des stadtgesellschaftlichen Flügels der Fachstelle für Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2025 anzumelden und den stadtgesellschaftlichen Flügel auf Basis eines Ausschreibungsverfahrens einzurichten.
11. Das Direktorium wird beauftragt, Haushaltsmittel zur Durchführung von jährlich einem Runden Tisch zur Kinder- und Jugendpartizipation in Höhe von 10.000 Euro sowie die Öffentlichkeitsarbeit für die Kinder- und Jugendpartizipation in Höhe von 20.000 im Jahr 2024 durch Kompensation bzw. Umschichtung aus vorhandenen Sachmitteln aus dem Produktauszahlungsbudget beim Produkt 31111210 Zentrale Steuerung zu finanzieren und die Mittel dauerhaft im Rahmen des Eckdatenbeschlusses 2025 geltend zu machen.
12. Der Antrag Nr. 14-20 / A 05456 „Partizipation heißt Zukunft III – Runden Tisch Kinder- und Jugendbeteiligung sichern“ der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste vom 03.06.2019 ist geschäftsordnungsgemäß erledigt.
13. Der Antrag Nr. 20-26 / A 01895 „Sitzungen des KJHA künftig nachmittags abhalten“ der Fraktion DIE LINKE./ Die PARTEI vom 14.09.2021 ist geschäftsordnungsgemäß erledigt.
14. Der Antrag Nr. 20-26 / A 02121 „Aktive Bürgerinnenbeteiligung stärken – Bürger*innenbudget einführen!“ der Fraktion SPD/ Volt, Die Grünen – Rosa Liste vom 15.11.2021 ist geschäftsordnungsgemäß erledigt.
15. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03381 „Externe Begleitung zur Erarbeitung eines Rahmenkonzepts in der Kinder- und Jugendpartizipation“ der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste, SPD/ Volt-Fraktion vom 29.11.2022 ist geschäftsordnungsgemäß erledigt.
16. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03388 „Einführung eines Kinder- und Jugendrathauses – Stärkung der Fachstelle bürgerschaftliches Engagement und Öffentlichkeitsbeteiligung“ der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste vom 29.11.2022 ist geschäftsordnungsgemäß erledigt.
17. Der Antrag Nr. 14-20 / A 05455 „Partizipation heißt Zukunft II – München bekommt Profis für die Partizipation“ der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste vom 03.06.2019 bleibt aufgegriffen. Die Frist für die Bearbeitung wird bis 31.12.2025 verlängert.
18. Der Antrag 14-20 / A 05457 „Partizipation heißt Zukunft IV – Höherer Stellenwert von Kinder- und Jugendbeteiligung in der Verwaltung“ der Fraktion Die Grünen-Rosa Liste vom 03.06.2019 bleibt aufgegriffen. Die Frist für die Bearbeitung wird bis 31.12.2025 verlängert.
19. Der Antrag Nr. 14-20 / A 05459 „Partizipation heißt Zukunft VI - Modellprojekt #stadt-sache in den Sommerferien 2020 umsetzen!“ der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

vom 03.06.2019 bleibt aufgegriffen. Die Frist für die Bearbeitung wird bis 31.12.2025 verlängert.

20. Der Antrag Nr. 14-20 / A 05460 „Partizipation heißt Zukunft VII – Modellprojekt „Diskurswerkstatt“ in allen 25 Münchner Bezirken umsetzen!“ der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste vom 03.06.2019 bleibt aufgegriffen. Die Frist für die Bearbeitung wird bis 31.12.2025 verlängert.
21. Der Antrag Nr. 20-26 / A 01944 „Stadtjugendrat etablieren“ der Fraktion DIE LINKE./ Die PARTEI vom 23.09.2021 bleibt aufgegriffen. Die Frist für die Bearbeitung wird bis 31.12.2025 verlängert.
22. Der Antrag Nr. 20-26 / A 02023 „Partizipation junger Menschen! – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Querschnittsaufgabe in der Stadt verankern“ der SPD / Volt-Fraktion und der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste vom 14.10.2021 bleibt aufgegriffen. Die Frist für die Bearbeitung wird bis 31.12.2025 verlängert.
23. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03783 „Beteiligung für Bürger*innen transparent und verlässlich gestalten“ der SPD/ Volt-Fraktion bleibt aufgegriffen.
24. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. Direktorium D-I-ZV

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
 2. An das Direktorium
 - An das Baureferat
 - An das Gesundheitsreferat
 - An das Referat für Klima- und Umweltschutz
 - An das Kommunalreferat
 - An das Kreisverwaltungsreferat
 - An das Personal- und Organisationsreferat
 - An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung
 - An das Kulturreferat
 - An die Stadtkämmerei
 - An das Sozialreferat
 - An das IT-Referat
 - An das Referat für Arbeit und Wirtschaft
 - An das Referat für Bildung und Sport
 - An das Mobilitätsreferat
 - An den Gesamtpersonalrat
 - An die Gleichstellungsstelle für Frauen
 - An das Büro der 2. Bürgermeisterin
 - An das Büro der 3. Bürgermeisterin
- An das Direktorium - Fachstelle für Demokratie
- An den Migrationsbeirat
- An den Fachbeirat BE
- An den Behindertenbeirat
- An den Seniorenbeirat
- An die Koordinierungsstelle LGBTIQ*
- An den Münchner Klimarat

BOB	D-L	D-GL	D-GL1	(D-I-L) (D-II-L) <i>(Nichtzutreffendes bitte streichen)</i>	Amts-/Abteilungsleitung	Entwurfsverfasser/-in
						<i>Datum / Handzeichen</i>